

DEMOKRATISCHER INFORMATIONEN DIENST

-,30

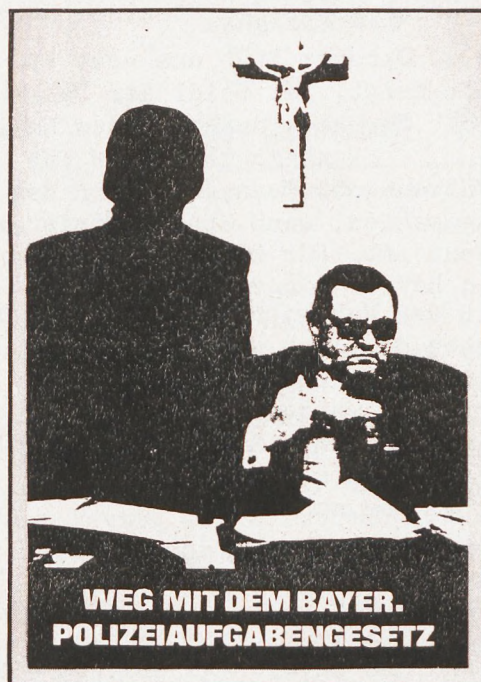
HERAUSGEGEBEN VOM ANTI-STRAUSS-KOMITEE Nr.32 NOVEMBER 1978

Die Demokraten haben es geschafft!

Die Demokraten haben es geschafft! Nun ist er nicht mehr bayer. Innenminister: Alfred Seidl! -

Vor einem Jahr noch auf Betreiben Strauß' in dieses Amt gekommen und in seiner Dienstherrlichkeit seit 1.10.78 ausgestattet mit einem nagelneuen PAG (Polizeiaufgabengesetz), das mit Todeschüssen aus Maschinengewehren auf die Demokraten zielt, konnte der "neue" Ministerpräsident Strauß jetzt Seidl nicht mehr in sein Kabinett aufnehmen. Nach Ablauf seiner Dienstzeit unter Ministerpräsident Goppel wurde Seidl nicht wieder zum bayer. Innenminister ernannt - jetzt ist jener eifrigste Bürokrat, der die Verfassungsschnüffler auf dem Dienstweg an bayer. Schulen beordert hatte, um Schüler zu bespitzeln. Verstummt ist jetzt das Sprachrohr jener Ultrarechten in der CSU, die mit eiskalter Berechnung von ihm hitzig die Wiedereinführung der Todesstrafe fordern ließen. Erst vor kurzem hatte Alfred Seidl sich des kürzlich mit großer Eile eingebürgerten Neofaschisten Otto Habsburg angeschlossen (oder zumindest daran überhaupt nichts "verfassungswidriges" entdeckt) als dieser zur "Rettung der Demokratie" eine "Ein-Mann-Diktatur" vorschlug.

Alfred Seidl fand an diesem Vorschlag nichts Ungehöriges oder besonders Neues, und das hat seine Gründe: Sein Freund Strauß hatte das ja auch in Chile schon vertreten und andererseits war Alfred Seidl nach 1945 noch einer der eifrigsten Verteidiger der Nazi-Ideologie, der Nazi-Konzentrationslager und der bestialischen Experimente der Nazis an KZ-Häftlingen.



**WEG MIT DEM BAYER.
POLIZEIAUFGABENGESETZ**

Unter Hitler zum Doktor in Freisler-scher Nazi-Justiz (Freisler, Präsident des Volksgerichtshofs - im Volk auch als 'Blutrichter' bekannt) promoviert, hatte er dann als prominenter Nazi-Verteidiger (u. a. Hess und Frank) in den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen ein 2. Mal und nun in unserem Staat - seine Karriere begonnen. 1958 sollte er auf persönlichen Wunsch von Strauß den Staatssekretärsposten im bayer. Justizministerium übernehmen. Damals scheiterte dies an einem Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit, denn Dr. Seidls engagierte Tätigkeit als Verteidiger in etlichen NS-Prozessen war noch allzu frisch in Erinnerung, 16 Jahre später schaffte er es doch. 1974 wird er Staatssekretär im bayer. Justizministerium. Seidl ist nach wie vor "ganz der Alte". 1975 verhängt er das Berufsverbot gegen die Sozialdemokratin und Gewerkschafterin Charlotte Nieß, weil sie in der "Vereinigung demokratischer Juristen" Mitglied ist. Seidl - nach eigenen Angaben voll "Interesse an Fragen der Inneren Sicherheit" säubert den Staat von Leuten, die nicht die rechte Gesinnung tragen.

Schließlich wird Seidl 1977 bayer. Innenminister im Kabinett Goppel und damit oberster Dienstherr der Polizei einschließlich der "übrigen Sicherheitskräfte" sowie des Staatsschutzes.

Als am 1. Oktober 1978 das neue PAG in Kraft tritt, ist Seidl der "kleine Seidl", der nach Aussagen des Nazi "unbezahlbar" war für F. J. Strauß der Mann, der nach den Landtagswahlen, wenn Strauß Ministerpräsident ist, für Ruhe und Sicherheit in Bayern sorgen soll. Noch in der Wahlnacht hatte Strauß im Fernsehen deutlich gemacht, daß er nicht vorhabe, ein 2. Landesvater à la Goppel zu werden. Er wolle eine Politik machen mit Männern wie Seidl! So Strauß damals.

Strauß muß es schlucken:

Ein S e i d l weniger!

Seidl ging. Was blieb sind Berufsverbote, Bespitzelung, verschärfte Gesetze und das bayer. PAG, das bereits unter Seidl erste Anwendung fand (s. z. B. in Nürnberg, Bericht S. 27)

Es ist klar, daß mit dem Erfolg im Kampf gegen Seidl die Aufgaben gegen das Seidl-PAG zu kämpfen weiterhin bestehen.

War also der Rücktritt bzw. die Nicht-Wieder-Ernennung von "Bayerns Filbinger" nur ein Tageserfolg? Besteht der Erfolg lediglich darin, daß Seidl abdanken mußte? Keineswegs, denn Strauß hat Seidl bzw. seine Wiederernennung zurückgezogen - stillschweigend.

Er kam im neuen Kabinett einfach nicht mehr vor. Im Hintergrund wurde die Information gehandelt "aus altersmäßigen Gründen". Offiziell wurde die Frage 'warum' nie beantwortet. Selbst Seidl wich gegenüber Journalisten aus, er wisse nichts genaues, man müsse Strauß selber fragen. Genau! Nur Strauß sagt nichts - und das sagt alles! Strauß mußte diesen und gerade diesen Schachzug machen, war gezwungen, wie beim Brettspiel, einen wichtigen Stein zu opfern.

Erreicht haben das die Demokraten in

ihrem Kampf gegen Seidl, gegen das PAG u n d gegen Strauß.

Sie haben getroffen, diesmal ins Schwarze.

Mag es auch ein paar Zauderer geben, die bedenklich den Kopf wiegend darauf verweisen, man habe ja schließlich nur erreicht, daß eine ehemalige Nazi-Person, die sich heute in Staatsdiensten engagierte, gestolpert sei. Jetzt sei Tandler dran und das wäre erst recht eine harte Nuß und dann sei das PAG nicht zu vergessen. Allerdings! Nur: Waren nicht diese Stimmen auch vorher, als wir den Kampf gegen Seidl aufnahmen, zu vernehmen und zwar mit bedeutungsvollen Prognosen wie 'ein Rücktritt Seidl, ein zweiter, ein bayerischer Fall Filbinger sei in Bayern und unter Strauß gar nicht möglich?'

Jetzt ist der Beweis geliefert, daß es doch geht, daß man sogar einen mächtigen Strauß zwingen kann, einen Mann fallen zu lassen, den er liebend gern auf diesem Posten gesehen hätte. Strauß war dreist genug, alte Nazis und Faschisten wie Filbinger und Habsburg während des Wahlkampfes Reklame für die CSU machen zu lassen.

Die Demokraten aber sind hellhöriger geworden und haben gezeigt, daß sie nicht alles hinnehmen. Der Stimmenverlust der CSU bei der Landtagswahl war die erste Schlappe, die Strauß einstecken mußte.

Welche Niederlage Strauß im Fall Seidl hinnehmen mußte, kann man auch an jener Einschätzung messen, die der Berliner Tagesspiegel noch am 5. November, also 2 Tage vor der Vorstellung des neuen bayerischen Kabinetts gab. In seinem Bericht schrieb Rudolf Großkopf noch "Anschuldigungen zur Seidl-Kampagne ¹⁾ gegen bayer. Innenminister haben seine Stellung gefestigt." und weiter: "..... selbst wenn der neue Ministerpräsident Strauß sich seiner (Seidl) entledigen wollte, könne er das nach ihrer Ansicht (der CSU, Anm. d. Redaktion) nun nicht mehr: Zu leicht würde ein solches Ausscheiden als ein **E r f o l g** der Seidl-Fronde gelten, und das ist das letzte, was die CSU auf sich nehmen möchte." (Tagesspiegel 5.11.78)

Sie mußte es, und Strauß muß es schlucken: Ein Seidl weniger!

Ein Lehrstück für Demokraten

Schätzt man diesen Erfolg im Kampf gegen Strauß ein, so ist es auch nicht uninteressant zu fragen, wie kam das zustande? Zitieren wir noch einmal den Berliner Tagesspiegel:

"Wortführer der Kampagner waren vor allem 2 Gruppen: der Presseausschuß Demokratische Initiative (PDI), der sich den Kampf gegen alle Formen des Rechtsradikalismus aufs Panier geschrieben hat, und ein Anti-Strauß-Komitee. Einige SPD-Abgeordnete wie Rudolf Schöffberger (MdB) und Ursula Pausch-Gruber (MdL), dazu eine gut Hundertschaft von Gewerkschaftlern und Schriftstellern unterstützten sie. Dennoch blieb die Aktion Sache einer winzigen Minderheit. SPD, FDP und der größte Teil der kritischen Presse ließen das Thema liegen. Haben sie es verpaßt, einen zweiten Fall Filbinger aufzurollen?

Daß "Bayerns Filbinger" dennoch gehen mußte, ist tatsächlich auf das Konto einer Minderheit, allerdings einer aktiven Minderheit zu verstehen.

Was der Tagesspiegel allerdings nicht schreibt, ist die Tatsache, daß die vom ASK herausgegebene Broschüre "Weg mit dem Bayer. Polizeiaufgabengesetz", in der alle Tatsachen und Hintergründe über Seidl bekanntgemacht wurden, von über 10 Organisationen als Miterausgeber unterzeichnet wurde. Ferner, daß der vom Pressedienst Demokratische Initiative (PDI) veröffentlichte Aufruf "Rettet Bayern vor Seidl" nicht nur von einer Hundertschaft Gewerkschaftern und Schriftstellern getragen wurde, sondern durch über 1 000

Unterschriften, die allein in München auf der Straße innerhalb von 2 Tagen gesammelt wurden.

Alfred Seidl: Die Kontinuität einer Gesinnung

**Vom NS-Verteidiger zum
Innenminister**

- Eine Dokumentation -

Vorwort von
Dr. Rudolf Schöffberger MdB

PDI- Sonderheft 7

In Bonn vorgelegt von Schöffberger und L. Rinser

Und schließlich hat das am 4. November vom Anti-Strauß-Komitee veranstaltete "Tribunal gegen Seidl" am Münchner Stachus der Aufklärungsaktion über Seidl noch die Krone aufgesetzt, gerade zu dem Zeitpunkt, als Strauß durch die Presse die offiziell nicht bestätigte Meinung geistern ließ, er würde Seidl vielleicht doch nicht aufstellen. Da galt es erst recht die begonnene Aktion zuendeführen bis schließlich am 7. November feststand, daß Seidl "es nicht wird".

Seidl-Tribunal in München

4.11.78

Am Samstag nachmittag veranstaltete das Anti-Strauß-Komitee am Münchner Stachus ein Seidl-Tribunal. Mit diesem Tribunal wurden ca. 3 bis 4000 Menschen erreicht. Außerdem zeigte eine Ausstellung, wie die Aussagen und Maßnahmen des Innenministers Seidl Tradition haben. Das Anti-Strauß-Komitee hat in den letzten 3 Tagen 1000 Unterschriften gegen Seidl für die Unterschriftensammlung des PDI gesammelt, allein während des Tribunals 600.



Hatte auch die Aufklärung, der Protest und der Kampf gegen Seidl und dessen Person angesetzt, so zielte der Hauptstoß dennoch gegen Strauß und seine reaktionäre Politik. Er ist es ja, der z. B. mit dem mörderischen Polizeigesetz in Bayern die Demokraten unter Druck setzen will. Und Bayern soll, ginge es allein nach ihm, zum Musterland für andere Bundesländer werden, indem Strauß immer wieder seinen Auftraggebern in Rüstung und Großindustrie unter Beweis stellt, wie man einen scharfen Rechtskurs steuert. Jedoch der Fall Seidl's zeigt deutlich: auch ein mächtiger Strauß kann nicht alles durchsetzen, gerade dann eben nicht, wenn die Demokraten und Antifaschisten sich zum Kampf zusammenfinden.

Der Fall Seidl könnte als Lehrstück für alle Demokraten dienen; denn warum sollte es ihnen eines Tages nicht gelingen, den Marsch nach rechts zu stoppen, wenn eine kleine Anzahl von Aktiven in Bayern bewiesen hat, daß auch ein Strauß nicht allmächtig ist. Polizeiaufgabengesetz, Berufsverboten und die drohende Verjährung der Nazi-verbrechen sind wichtige Aufgaben, die wir zu lösen haben. Mit dem letzten Erfolg in der Tasche und mit geschärftem Blick auf den Gegner sollten wir zusammen antreten - auch zusammen mit jenen, die unseren Kampf gegen Seidl noch nicht aktiv unterstützten, weil sie nicht glauben konnten, daß er zum Erfolg führt.



Gemeinsame Presseerklärung:

Humanistische Union

- Landesverband Bayern -

Deutsche Friedensgesellschaft -

Vereinigte Kriegsdienstgegner

- Landesverband Bayern -

Deutscher Freidenkerverband

- Landesverband Bayern -

Jungsozialisten

- Unterbezirk Nürnberg -

Anti-Strauß-Komitee

- München - Regensburg -

Bund Deutscher Pfadfinder/

Bund Demokratischer Jugend

- Landesverband Bayern -

Vereinigung Demokratischer Juristen

- Regionalkomitee München -

Dr. Alfred Seidl ist nicht in der neuen bayerischen Staatsregierung vertreten.

Franz Josef Strauß kam damit der wachsenden öffentlichen Kritik an der Person seines designierten Innenministers zuvor, um keinen Rücktritt zu riskieren. Diese Forderung wurde von einer stetig wachsenden Zahl demokratischer Organisationen und zahlreichen Einzelpersonlichkeiten wie Gewerkschaftern, Journalisten, Juristen und auch einzelnen Politikern mit Nachdruck erhoben.

Nachdem eine Gruppe von Organisationen - darunter das Anti-Strauß-Komitee München - Regensburg, der Bund Demokratischer Wissenschaftler, die Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner, der Deutsche Freidenkerverband, die Humanistische Union, die Jungdemokraten, die Jungsozialisten Nürnberg und die Vereinigung Demokratischer Juristen - in einer Broschüre über das

maßgeblich von Seidl forcierte neue Bayer. Polizeiaufgabengesetz (Todeschuß, möglicher Einsatz von Maschinengewehren gegen Demonstranten etc.) sich auch näher mit der Person Seidls befaßt hatte, wobei die politische Kontinuität seiner Positionen aufgezeigt wurde, widmete der Pressedienst Demokratische Initiative eine weitere Broschüre ausführlich dem umstrittenen Politiker (ausgehend von seiner Doktorarbeit und seinen Äußerungen in den Kriegsverbrecherprozessen nach 1945). So wurde die Frage, was die Bestimmungen des neuen Polizeiaufgabengesetzes in den Händen von Leuten wie Dr. Alfred Seidl bedeuten können, in der Öffentlichkeit diskutiert. Daß Seidl nicht wieder ins Kabinett kam, ist ein Erfolg für alle, die sich gegen den Marsch nach rechts und für den Rücktritt von Minister Seidl eingesetzt haben. Als Vertreter einer bestimmten antidemokratischen Politik wurde er abgelöst, doch das Polizeiaufgabengesetz, die Berufsverbotspraxis usw. sind damit noch nicht vom Tisch. Wieweit Franz Josef Strauß Bayern weiter zum Musterland seiner "Ruhe- und Ordnungspolitik" ausbauen kann, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob wir die Auseinandersetzung - gestärkt durch diesen Erfolg - weiterhin gemeinsam führen und die dafür notwendige Basis verbreitern können.



Halbe Sachen nützen nichts

Strauß - eine Gefahr für die Demokratie

- ein gutes Thema!
- "Es spricht SPD-MdL Klaus Warnecke"
- ein guter Mann, der hat doch vor 2 Jahren die Seidl-Doktorarbeit ans Licht gebracht.
- so dachte ich, als ich die Nachricht in der Süddeutschen Zeitung las

Im Nebenraum einer Gaststätte waren ca. 120 SPD-Mitglieder versammelt, davon ca. zwei Drittel über 50 Jahre alt. Herr Warnecke zitierte ausführlich aus der letzten Strauß-Broschüre des Pressedienstes Demokratische Initiative (PDI). Er kommt dann zu dem Schluß, daß Strauß eine wirkliche Gefahr für die Demokratie darstellt und daß man ihm deshalb bei dieser Wahl ein paar Prozentpunkte abjagen müsse.

In der folgenden Diskussion stellte ich ihm zwei Fragen: "Wie stehen Sie bzw. die SPD zu der Forderung, daß Innenminister Seidl zurücktreten muß? Sie selber haben seine Vergangenheit mit ans Licht bringen geholfen, Herr Schöfberger hat diese Forderung anläßlich der Vorstellung einer PDI-Broschüre zur Kontinuität der Seidlschen Gesinnung von der Zeit des Hitler-Faschismus bis heute, erhoben. Außerdem ist die Rücktrittsforderung Bestandteil einer Broschüre, die von einem breiten Bündnis bayerischer Organisationen - unter Einschluß Ihrer Partei, der Jungsozialisten in Nürnberg - herausgegeben ist, einer Broschüre, die auch ausführlich auf das neue Bayer. Polizeiaufgabengesetz eingeht. Darauf bezieht sich auch meine zweite Frage: „Wie stehen Sie zu dem Ergebnis der Abstimmung über das Polizeiaufgabengesetz im Bayer. Landtag, bei der sich die SPD bis auf eine Gegenstimme enthielt und damit so folgenschwere Bestimmungen wie gezielter Todesschuß - auch auf Kinder unter 14 Jahren - und den möglichen Einsatz von Maschinengewehren gegen Demonstrationen u. a. billigte. Was wird die SPD gegen das am 1. Oktober in Kraft getretene Polizeiaufgabengesetz unternehmen?"

Zu Seidl betonte Herr Warnecke erst x-mal seine Verdienste um die Veröffentlichung bestimmter Zitate aus Seidls Doktorarbeit, um dann aber um die Rücktrittsforderung sich wachswendig herumzuwinden. Nach mehrfachem Bestehen auf der Beantwortung der Frage, schloß er diesen Punkt sehr unwillig folgendermaßen ab:

"Wenn der Strauß am 6. November sein Kabinett vorstellt und Seidl ist dabei, werden wir natürlich mit 'nein' stimmen!"

Die Antwort zu der Frage nach der Haltung der SPD zum neuen Bayer. Polizeiaufgabengesetz machte mich - auch wegen der Offenheit ihrer Beantwortung - fast sprachlos. Warnecke sagte, daß die Abstimmung zum Polizeiaufgabengesetz "zu den peinlichsten Stunden seiner Parlamentarier-Tätigkeit gehöre". Auch er habe sich "gegen seine Überzeugung" enthalten, damit "nicht noch eine Gegenstimme dazukomme", da man nur so hätte verhindern können, daß 10 bis 20 (!) SPD-Angeordnete dafür (!) gestimmt hätten." Auch er halte die Bestimmungen dieses Gesetzes für sehr schlimm.

Auf die Frage, was die SPD dagegen tun wolle, ging er nicht mehr ein, was bei den anwesenden Parteimitgliedern nicht zur Zustimmung, nicht zur Entrüstung führte; überhaupt blieb ein Echo, eine erkennbare Reaktion der SPD-Mitglieder aus.

Fazit für mich: noch nie vorher wurde mir so anschaulich klar gemacht, was falsch ist an der SPD-Hauptparole in diesem Wahlkampf "SPD = Ihre Stimme gegen Strauß". Gegen Strauß und seine Handlanger, gegen solche Gesetze wie das neue Bayer. Polizeiaufgabengesetz, da hilft keine Stimmabgabe alle paar Jahre, gerade auch nicht für einen Abgeordneten, der mit "linken Sprüchen" im Wahlkampf auf Stimmenfang geht. Da hilft nur der zähe, gemeinsame Kampf gegen die Faschisten im Staatsdienst, der Kampf um jeden Fußbreit demokratischer Rechte, aber auch um Kopf und Herz vieler SPD-Mitglieder, die noch meinen, ihre Verantwortung für diese Republik an ihre Parlamentarier delegieren zu können. Genau darum arbeite ich auch im Anti-Strauß-Komitee mit!

Wahlkampf a' la SPD

Etwa 10 Tage vor den Landtagswahlen in Bayern besuchte ich in München - Milbertshofen eine Wahlversammlung der SPD, die eigentlich ein bayer. Abend war. Unter diesem Motto war auch eingeladen worden. 1/2 Std. vor Beginn standen wir zu zweit am Eingang einer kleinen Gastwirtschaft, die an diesem Abend für andere Besucher geschlossen war, und verteilten ASK-Flugblätter und zwar unseren Wahl-Vorschlag mit dem Titel "Bayern braucht Strauß nicht" und das von 8 demokratischen Organisationen unterzeichnete Flugblatt zum Bayer. Polizeiaufgabengesetz mit der Überschrift "Todesschuß auf Kinder?"

"Maschinengewehre gegen Demonstranten?"

Die einen nahmen es, die anderen hasteten vorbei, es ging mittelmäßig. Auf einmal fuhr ein großer, dunkler PKW vor und wer stieg aus? der ehemalige Oberbürgermeister von München, jetziger Bundesjustizminister in Bonn Dr. Vogel nebst zwei Bewachern. Auch ihm wurde ein Flugblatt gereicht, und er nahm es wie selbstverständlich sogar mit einer kleinen Verbeugung.

Als kaum mehr Besucher kamen - übrigens bestanden diese aus unheimlich vielen alten bis uralten Frauen - ob sie wirklich aus politischem Interesse oder wegen des bayer. Abends kamen, bleibt dahingestellt - ging auch ich rein und erwischte gerade noch einen Platz, einen günstigen Platz, schräg gegenüber von den "Zugpferden" Dr. Vogel und Dr. Böddrich - ihn kannte ich schon als Konrektor

der Schule meiner Tochter (szt.), er hatte auch seine Frau (Nr. 3) mitgebracht, einige mir unbekannte SPD-ler einer heißt Maget, Student, der auch kandidierte. Auf einen freien Platz an meinem Tisch setzte sich später noch Frau Dr. Kayser, eine SPD-Stadträtin, die bei den letzten Kommunalwahlen durch das Häufel-System ganz nach vorn auf der Liste gekommen war. Ich kannte sie schon flüchtig, aber nicht als gute oder wirksame Politikerin.

Dann ging es los mit einer bayer. Kapelle, bayer. Volkstänzen - auch Schuhplattlern, Gstanzln - politisch eingefärbt à la Roider Jackl - und zwischendurch sprachen Dr. Vogel, Dr. Böddrich u. a., aber ziemlich allgemein, zitierten Ludwig Thoma, den Alt-Ministerpräsidenten Dr. Högner, Vollmar, sprachen davon, daß die SPD schon viel länger in Bayern heimisch sei als die CSU und daß sie damals schon die bayer. Tracht und die weiß-blaue Fahne auf ihr Banner gesetzt habe. Es war gemütlich, Stimmung, ab und zu gab es einen Hieb auf Herrn Kiesl, den jetzigen CSU-Oberbürgermeister, oder F. J. Strauß und die CSU, aber es war kein Wahlkampf; man lachte, klatschte, immer wieder Musik und Tanz der Trachtenträger usw.. Zum Diskutieren kam ich kaum und wenn, war es nur ganz oberflächlich möglich die Musik war zu laut und dauernd wurde irgendetwas geboten, schade! Ob die Veranstalter Stimmen für die SPD gewonnen haben? Ich hatte den Eindruck, daß die Anwesenden sowieso die SPD wählen wollten.

Nach diesem Abend wurde mir klar, daß die SPD einen vollkommen falschen Wahlkampf geführt hat. Sie kämpfte nicht mit allen Kräften gegen Strauß, nur auf einigen Wahlplakaten las man davon. In Milbertshofen hatten die SPD-ler Glück, Dr. Böddrich nahm Tandler, dem neuen Innenminister, den Stimmkreis ab.

Werden schon wieder schwarze Listen angelegt?

Während des Druckerstreiks 1976 gab die Kommunistische Arbeiterzeitung ein Kleinplakat heraus. Am Abend des 13.5. will die Ärztin Renate H. einige Exemplare zu Kollegen in eine Kneipe am Rosenheimer Platz bringen. Sie stellt ihr Auto nahe dem S-Bahn Eingang ab und geht schnell noch ins S-Bahn Untergeschoß, um den Fahrplan einzusehen.

Als sie wieder hoch kommt, wird sie von zwei Männern gefragt, was sie da in der Hand habe. Als ihr einer seinen Polizeiausweis vorhält, rollt sie die Plakate auseinander. Jetzt wollen die Polizisten ihren Ausweis sehen. Nach mehrmaliger Aufforderung geht einer endlich mit ihr zum Auto, wo sie den Ausweis hat, der andere sucht inzwischen in der S-Bahn nach "widerrechtlich angeklebten" Plakaten - er findet keine. Im Paß ist der erste Wohnsitz angegeben, die Meldebestätigung von München ist aber eingehaftet. Trotzdem befinden die Beamten, daß Frau H. zur "Personalüberprüfung" auf die Wache mitmüsse. Sie weigert sich und wird mit auf den Rücken gedrehten Armen gewaltsam ins Auto gebracht.

Was dann nach Darstellung von Frau H. geschah, klingt unglaublich: "Beim Aussteigen trat mir der eine Polizist absichtlich mit voller Wucht gegen das Schienbein. ... Die beiden schoben mich dann in die Wachstube, wo ich wiederum dagegen protestierte, daß ich unrechtmäßig festgehalten werde. Da trat der größere von beiden auf mich zu und verpaßte mir einen Kinnhaken, daß ich mit dem Hinterkopf hart gegen die Wandverkleidung hinter mir schlug. Gleich darauf flog, nach einem Schlag ins Gesicht, meine Brille durch die Gegend." Nach der Paßkontrolle verabschiedet man Frau H. Nach den Dienstnummern fragend wird sie aufs Telefonbuch verwiesen und: "Wenn Sie jetzt nicht verschwinden, können Sie noch was erleben."

Ein Arzt bestätigt Frau H. eine große Beule am Kopf, blaue Flecken am Schienbein, an den Handgelenken und Oberarmen und am Nasenrücken.

Ihre Klage wegen Nötigung und Körperverletzung wird in zwei Instanzen als "unbegründet" zurückgewiesen. Ihrer Aussage wird kein Beweiswert zugebilligt, da sie "am Ausgang des Verfahrens in erheblichem Maße interessiert sei", außerdem "zumindest eine Straftat, nämlich ein Vergehen des Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte" begangen hat und zudem "ersichtlich einem Personenkreis angehört, der für seine feindselige Einstellung gegenüber der Polizei bekannt ist." Die ärztlich festgestellten Verletzungen könne sie sich, "wenn die Anzeigeerstatterin so verhalten hat, wie dies die beiden beschuldigten Polizisten geschildert haben," "ohne weiteres" selbst zugezogen haben. ...

terin so verhalten hat, wie dies die beiden beschuldigten Polizisten geschildert haben," "ohne weiteres" selbst zugezogen haben. ...

Anlaß der Festnahme war laut Angabe der Polizisten, (die sich teilweise widersprachen) ihr "Gefühl" Frau H. führe "Plakate einer linken Gruppe" mit sich. Daraufhin hätten sie sofort den Verdacht gehabt, daß die Angeklagte wild plakattieren würde auf Grund des Aussehens der Angeklagten, der Plakate und weil es damals häufig vorkam".

Zur Begründung der Mitnahme auf die Wache führte der Beamte Sternadl an: "1. die Personalienverweigerung, 2. die kriminalpolizeiliche Erfassung von Leuten, die mit linksgerichtetem Material herumlaufen, 3. die Nichtüberprüfung über (Polizei)funk." Die widersprüchlichen Angaben der Beamten werden in der Urteilsbegründung als Beweis "für ein ernsthaftes Bemühen, das Gericht mit der Wahrheit zu bedienen" erachtet. Frau H. wird zu 2000.-DM Verurteilt "für das fortgesetzte Vergehen des Widerstandes und die beiden rechtlich zusammen treffenden Vergehen der Beleidigung." Das Gericht "erachtet jeweils eine Einzelstrafe von 30 Tagessätzen tat- und schuldangemessen". Strafverschärfend falle Frau H.s "mangelnde Schuldeinsicht" ins Gewicht.

(Genaue Informationen zur Vorgeschichte sowie zum Prozeßverlauf sind in Form einer Dokumentation für Interessierte über unsere Kontaktadresse zu beziehen. (Solidaritätsbeitrag 1.-DM plus Porto) ■

DOKUMENTATION

Aus dem Inhaltsverzeichnis

Ist Strauß ein zweiter Hitler?

Wenn man was gegen Strauß tut, wertet man ihn dann auf?

Strauß ist doch nur eine 'Charaktermaske des Kapitals'.

Strauß aktiver NS-Mann

Wer bezahlt Strauß?

Affären : HS 30, Onkel aloys und der Spiegel, Starfighter

Strauß über Demokratie und Parlament

Sturz der Regierung

FDP-Überläufer - Sturz der Regierung

Programm Strauß

Sonthofen

Chile

Habsburg

Generalamnestie für Naziverbrecher

Gewerkschaftsfeind Strauß

Was will die deutsche Industrie?

Immer dieselben

Rüstung und Reaktion

Waffenschmiede Bayern

Strauß und seine CSU

**STOPPT
STRAUSS**

Seit 5 Jahren mobilisiert das Anti-Strauss-Komitee die Demokraten dazu, sich gegen Strauss zur Wehr zu setzen. Diese obenstehenden Forderungen erheben wir immer wieder - und sicherlich haben Sie auch schon einen solchen Aufruf zu einer Demonstration gegen Strauss erhalten.

Sie sind auch mitgegangen auf die Demonstration, denn Sie sind nicht für Strauss, Sie sehen, daß er gefährlich ist. Aber dennoch dachten Sie sich, das Anti-Strauss-Komitee übertreibt; - Strauss ist nicht Hitler - eine Gefahr von Faschismus und Krieg sehen Sie nicht - Strauss ist doch auch nur ein einzelner Mann - und alle Demokraten einig, das ist doch eine Illusion.

Sie teilen also nicht ganz unsere Ansicht.

Deshalb haben wir diese Broschüre verfasst und sind uns sicher, daß Sie uns, nachdem Sie sie gelesen haben, ein weiteres Stück Recht geben werden.

Aufgrund der in dieser Broschüre dargelegten Untersuchungen und Analysen belegen wir:

- daß Strauss auch heute noch der führende Politiker für die Herren der Industrie ist.
- daß Strauss das passende Programm für eben diese Industrieherrn, für kommende Krisenjahre hat und deshalb von ihnen bezahlt wird.
- daß Strauss die Führerrolle in der rechten und faschistischen Sammlungsbewegung hat.
- daß Strauss derjenige ist, der als Einpeitscher für den Abbau der demokratischen Rechte auftritt.
- daß Strauss an vorderster Front die aggressiven Ziele der deutschen Wirtschaft auch im internationalen Rahmen durchsetzt.

und daß die Strauss-Gegner angesichts dieser sehr bedrohlichen Entwicklung auch nicht geschlafen, sondern dazugelernt haben. Die Bereitschaft und die Klarheit zum Zusammenschluß ist gewachsen.

Dafür ist diese Broschüre ein Beweis.

Herausgeber:

ANTI-STRAUSS-KOMITEE

Bestellungen bitte an:

Heinz Jacobi
Martin-Greif-Str.3
8000 München 2

Preis: DM 4.-

Strauß in Regensburg

Bis jetzt kannte ich die unglaublichen Hetztiraden, die F. J. Strauß gegen Demokraten losläßt, nur vom Hörensagen. Ich komme nämlich aus Nordrhein-Westfalen und wohne erst seit kurzem hier in Regensburg, am 11.10. konnte ich dann mit eigenen Augen und Ohren das Spektakel einer Strauß-Rede miterleben.

Schon in meiner Heimatstadt hatte ich in einer "antifaschistischen Initiative" mitgearbeitet und wußte daher, wie nötig es ist, den Reaktionen an allen Orten einen entscheidenden Protest entgegenzubringen. So war es für mich eine klare Sache, dem Aufruf des ASK, Strauß hier in Regensburg Widerstand entgegenzusetzen, Folge zu leisten. Für mich war das einleuchtend, aber die ASK-ler haben mir berichtet, daß diese Haltung hier gar nicht so selbstverständlich für alle Demokraten ist. So argumentieren viele, insbesondere die Sozialdemokraten, folgendermaßen: "Man wertet den Strauß doch nur damit auf, wenn man zu seiner Veranstaltung hingeht und dort protestiert. Laßt ihn doch reden, denn die Leute, die dahin gehen, um den Strauß zu hören, die könnt Ihr mit Eurem Protest sowieso nicht umstimmen. Das sind doch alles eingefleischte CSU-Anhänger."

Daß diese Argumentation falsch ist, möchte ich anhand meiner Erlebnisse am 11. Oktober aufzeigen.

Mit einer "Stoppt Strauß und seine Volksverhetzung" - Tafel bewaffnet drängelte ich mich auf dem Kornmarkt durch die Massen. Ich blieb dann einige Meter vor dem Transparent — "Der Feind steht rechts! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" wo viele Strauß-Gegner versammelt waren stehen. Ein wenig mulmig war mir schon zumute; ziemlich weitab von den anderen und nur von Strauß-Anhängern umringt, die erwartungsvoll auf ihr Idol warteten. Zuerst versuchten sie mich durch Stänkereien wie: "Ach, schaut's, die Kleine will hier groß gegen Strauß protestieren" und "Na, kannst Du die Tafel denn auch halten?" zu provozieren. Aber zu Anfang ließ ich mich dadurch nicht beirren und rief die Parolen der Strauß-Gegner, wie z. B.

"Strauß raus", "Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg", noch eifrig mit. Doch mit der Zeit bin ich es dann doch leid geworden, gegen diese Meute um mich herum anzuschreien, zumal die Hetze von Strauß gegen alles, was links von der CSU steht, immer unverschämter wurde. Wir wurden u. a. als "die Gehirnprothesenträger und die traurigen Wichte und die Schwachköpfe, die nicht alle Tassen im Schrank haben", bezeichnet.

Die meisten Leute um mich herum klatschten und lachten, wobei ihre Blicke auf mich gerichtet waren. Ich wurde immer kleinlauter und schließlich rief ich die Parolen der Demokraten überhaupt nicht mehr mit. Ich begann zu zweifeln: Sollten etwa doch jene Recht haben, die sagen, daß es keinen Zweck habe, gegen Strauß aufzutreten, da man die Zuhörer eh nicht mit dem Protest umstimmen kann? Mir schien es fast so, denn die meisten Leute, die hier herumstanden, hielten ja grundsätzlich alles für richtig, was Strauß vom Stapel ließ. Ich begann langsam, aber sicher, mich nach hinten zum Transparent zurückzudrängeln. Doch schon bald erfuhr ich, daß ich unrecht hatte.

Denn ein alter Mann, der die ganze Zeit hinter mir gestanden hatte, gab mir bei meinem Abzug ein Halsbonbon "damit ich wieder besser mitrufen kann", dann sagte er noch leise zu mir:

"Macht nur so weiter", denn schließlich muß es ja Leute geben, die aufzeigen, daß Strauß ein Volksverhetzer ist." Durch diese Begegnung ging mir ein Licht auf, nämlich, daß es ja eigentlich nicht darum geht, eingefleischte Strauß-Anhänger zu überzeugen, sondern daß man jenen Leuten, die die CSU deshalb wählen, weil sie sonst keine Alternative sehen, aufzeigen muß, was für eine Natur der Strauß ist!

Als ich nun am Transparent angelangt war, war ich freudig überrascht, wie groß die Zahl derer geworden war, die um uns herum über Strauß wetteten. Eigentlich kein Wunder! Denn dadurch, daß wir Demokraten anwesend waren, mußte Strauß seine wahre Meinung und seine Ziele auf den Tisch legen. So konnte man im ungefähren Wortlaut von ihm vernehmen:

"Kommunisten sind Banditen und Bombenleger, die noch ihr blaues Wunder erleben werden."

Schließlich ließ Strauß auch keinen Zweifel darüber, daß ebenso Gewerkschafter und Sozialdemokraten wie Charlotte Nieß und die Lehrer Vögel und Offergeld, denen Strauß die Einstellung in den öffentlichen Dienst Bayerns verweigert, Banditen in seinem Sinn sind.

Strauß' Hetzrede hat vielen Leuten die Augen und Ohren dafür geöffnet, was uns Strauß für eine "demokratische" Zukunft zu bieten hat!

Die anschließende Demonstration der Strauß-Gegner war etwa 400 Mann stark.

Die CSU verlor bei den letzten Landtagswahlen in Regensburg knapp 6 % der Wählerstimmen, in ganz Bayern 3%.

Das sind Tatsachen, die mich darin bestärken, daß es keineswegs so zwecklos ist, gegen Strauß aufzutreten. Es ist sogar sehr sinnvoll! Ich kann nur jedem, der am 11. Oktober nicht mit uns gegen Strauß demonstriert hat, sondern zuhause geblieben ist, weil er der Ansicht war, es nütze nichts und man werte damit den Strauß nur auf, sagen:

"Wenn Ihr das nächste Mal, wenn Strauß hier in Regensburg wieder seine Hetze gegen uns starten will, mitdemonstriert, dann ist die Front der Demokraten logischerweise stärker und umso wilder muß Strauß in seiner Wut über unseren Protest gegen Demokraten hetzen und desto mehr Zuhörer, die gekommen sind, um zu hören was Strauß für ein Programm zu bieten hat werden erkennen, daß Strauß nichts, aber auch nichts von Demokratie hält!"

Sein Blick ist nach Chile gerichtet, wo Demokraten in Gefängnissen untergebracht werden. Das ist das Demokratieverständnis von Strauß, und wir müssen verhindern, daß er es hier bei uns verwirklichen kann! ■

Freie Meinungsäußerung?

"Ich finde das schon richtig, daß Ihr hier politische Aufklärung betreibt - z. B. über das neue Bayer. Polizeiaufgabengesetz und den Innenminister Seidl - aber ich finde, daß es bei uns immer noch relativ frei zugeht, z. B. im Gegensatz zur D D R oder zur Sowjetunion. Hier kann ich wenigstens frei meine Meinung äußern. Außerdem kann ich mich über alles objektiv informieren."

Dies sagte ein junger Mann, der unsere Picket-Line-Aktion in der Fußgängerzone - vor der bayer. Landtags-

wahl - spontan unterstützt hatte.

Als kurz darauf zwei Polizisten in Zivil die Informationstafeln beschlagnahmten und von 2 Verkäufern der Seidl-Broschüre die Personalien feststellten - "zur Überprüfung" - war er sich mit der 'freien Meinungsäußerung' nicht mehr so ganz sicher.

Und als ich ihn fragte, ob er glaube, daß die Mehrheit der Bürger bei uns sich "objektiv" informieren könne, z. B. über Seidl, meinte er, daß er selbst wohl auch mehr dafür tun müsse. Das nächste Mal will er wieder dabei sein. ■



Eine Picket-Line durch die Münchner Fußgängerzone war eine unserer Aktionen gegen den Nazi-Sympathisanten A. Seidl.

Aufmerksam wurden unsere Tafeln zur Kenntnis genommen und interessierte Passanten wurden von den ASK-Mitgliedern informiert.

Durch die Beschlagnahmung unserer Plakate warb die Polizei für unsere Aktion. Sie erregte noch mehr Aufsehen und gab den überraschten Passanten eine praktische Demonstration des neuen Polizeiaufgabengesetzes.



Freispruch

im Prozeß: Strauß - Jacobi

Heinz Jacobi wurde von dem Vorwurf, Strauß durch ein Plakat beleidigt zu haben trotz heftigster Gegenwehr des rührigen Staatsanwaltes Steiner freigesprochen. Auf dem Plakat sieht man Herrn Ministerpräsidenten Dr. h. c. Strauß neben seinem Freund, dem chilenischen Massenmörder Pinochet, dem durch Montage die Ahnen Himmler, Göring, Goebbels und Hitler zugeordnet werden. Strauß wird als Freund von Faschisten und als Führer der europäischen Reaktion bezeichnet, und zitiert wird der Ausspruch des Massenmörders Pinochet, die 'Freiheit' müsse hin und wieder in Blut gebadet werden - zusammen mit der Ansicht des Strauß, die 'Freiheit' in Chile müsse erhalten bleiben.

(Man wünscht sich den Strauß nach Chile.)

Jacobi wurde aber nicht freigesprochen, weil bestimmte erweisliche Wahrheiten nicht beleidigend wären, sondern bloß, weil die Mitherausgeberschaft Jacobis bei dem bewußten Plakat - das er wirklich nicht herausgeben hat - nicht beweisbar war.

Heinz Jacobi nahm den Freispruch für eine Tat, die er nicht begangen hat, mit der ihm eigenen freundlichen Gelassenheit entgegen. Allerdings wissend, daß Staatsanwalt Steiner - eine Art Juwel der freiheitlich demokratischen Grundordnung - Berufung einlegen wird.

Staatsanwalt Steiner, der Vertreter des Rechtsstaates (sein Chef heißt Stocker, weshalb gerne gehöhnt wird: "Über Stocker und Steiner zum Rechtsstaat!"), dieser begabte Staatsanwalt Steiner also hatte sich aber für die Wahrheitsfindung bemüht: es kam zu drei (Man lache nicht. Drei!) Verhandlungstagen, weil das gesamte BLATT-Kollektiv - Stadtzeitung für München - vorgeladen wurde um zu klären, wie es zu deren Fehldarstellung gekommen sei, daß Heinz Jacobi jenes Plakat gemacht "hat".

Aussageverweigerung mit Berufung auf die Strafprozeßordnung. 4 Ordnungsstrafen zu je DM 150.--. Beschwerde gegen diese Strafen beim Landgericht. Verworfen. Akribischer Nachweis des herrlichen Staatsanwaltes, ja, herrlichen Staatsanwaltes Steiner, daß Heinz Jacobi tatsächlich Artikel im BLATT geschrieben hat. (Das Volk, in dessen Namen da Recht gesprochen wird, es weiß es. Der Angeklagte weiß es. Aber die Verschwendung von Zeit, Nerven, Steuergeldern angeblich erwachsener Menschen: niemand lacht.)

Vom 14. K (politische Polizei) mündlich angefordert: welche Flugblätter Heinz Jacobi von 1975 bis Ende 1977 für das ASK presse-rechtlich verantwortet habe, ergab eine wohlsortierte, wenn auch nicht vollständige Sammlung unserer antifaschistischen, unserer Anti-Strauß-Flugblätter, mit Angabe, wann wo sie verteilt wurden. Immerhin ist die Überwachung von Demokraten, Sozialisten, Kommunisten nicht lückenlos. Der Aufwand ist für die Katz.

Zurück zu Steiner. In seinem Plaidoyer belehrte er ausgerechnet Jacobi, was Faschismus sei. Steiner schwenkte zwei Nummern des "Stürmer", zitierte Himmler (ablehnend) und warf dem Angeklagten und seinem brillanten Rechtsanwalt Naivität vor, weil sie bei altem und neuem Faschismus Parallelen entdecken wollten. Der Angeklagte glaube wohl seinen eigenen Schriften. (Der Angeklagte bewahrte seine geradezu sprichwörtliche Ruhe und verzichtete auf tätliche Angriffe gegen Herrn Steiner.) Der Angeklagte habe von Zeitgeschichte keine Ahnung. (Das ist fast wie wahr: Jacobi studierte einmal Neue Geschichte. Aber angeekelt wandte er sich dem Studium der Mittelalterlichen Geschichte zu - - und da wimmelt es aber auch von Figuren wie Steiner.)

Kurz, eine Vorstellung zum Heulen. Es sollen erwachsene Menschen beteiligt gewesen sein. Fazit: es sei beleidigend, dem Pinochet und seinen Kumpanen die Himmler, Göring, Goebbels und Hitler als Ahnen zuzuschreiben, - denn der Strauß kann in der Nähe sein und sich sofort beleidigt fühlen. ■

Freispruch für Antifaschisten

Weil sie 3 Plakate der Deutschen Volksunion (DVU) überklebt hatten, bekamen 2 Antifaschisten (er ist auch Mitglied im Anti-Strauß-Komitee) einen Strafbefehl von zusammen 2 400.- DM.

In der Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht München wurden sie am 15.11.78 freigesprochen - zu unhaltbar war die Anklage, zu brüchig die Argumentation der Staatsanwaltschaft und des Nebenkläger-Vertreters, der die DVU vertrat.

Die zwei Angeklagten, beide aktive Gewerkschafter, begründeten sehr ausführlich, warum sie den Überkleber mit dem Wortlaut: "Stoppt die DVU-Faschisten" mit der Aufforderung zu einer Versammlung der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) gegen die DVU zu kommen, über die Naziplakate klebten. Sie sahen darin ein notwendiges Mittel öffentlich gegen die Hetzveranstaltung der Nazis zu protestieren. Tagelang hatte die Stadt München gezögert, den "Auschwitzkongreß" der DVU zu verbieten. Praktisch alle demokratischen Organisationen protestierten damals. Die Stadt mußte die DVU-Versammlung verbieten, ein Erfolg, der dem beharrlichen Druck der Demokraten zu verdanken ist.

Der Anwalt der Nazi-Seite versuchte die "Tat" der Angeklagten durch provozierende Fragen in die kommunistische Gewalttäter-Ecke zu drängen. Allerdings ohne Erfolg. Die angeklagte junge Frau bewies in ihrer Stellungnahme den faschistischen Charakter der DVU mit zahlreichen Zitaten der DVU-Referenten und machte klar, daß diese Organisation das fortsetzt, was die Hitler-Faschisten wollten und taten.

Daß der Überkleber von Kommunisten herausgegeben worden war, hatte beide nicht gehindert, gegen die Nazis vorzugehen. Im Gegenteil, sie verwiesen auf das Erbe des antifaschistischen Widerstandes, der die Demokraten gelehrt hatte, gemeinsam gegen den Faschismus vorzugehen. Den unerhörten Vorwurf der Gewaltanwendung (das Delikt bestand im Überkleben von ganzen drei Naziplakaten mit einem 12 mal 62 cm großen Überkleber) wurde von beiden empört zurückgewiesen. Sie sagten: 'Gewalt hätten die Faschisten gegen die Arbeiterbewegung angewandt, Gewalt und Terror sei aber nie die Sache der Demokraten gewesen, sondern die der Nazis.'

Die Aussagen der Angeklagten, die die eigentlichen Kläger waren, wurden voll durch die Zeugen bestätigt. Rechtsanwalt Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD, hatte szt. die Stadt München gegen die DVU vertreten und das Verbot der Veranstaltung juristisch vor dem Verwaltungsgericht durchgefochten. Dr. Hans Lamm, Präsident der israelitischen Kultusgemeinde von München, berichtete, daß junge Mitglieder seiner Gemeinde eine solche DVU-Versammlung nicht zugelassen hätten. Die dümmlichen Fragen des DVU-Anwalts an die Zeugen, ob sie jemals auf einer DVU-Versammlung antisemitische Äußerungen gehört hätten, machten den erbärmlichen Charakter dieser Nazis deutlich.

Der Staatsanwalt forderte in seinem Plädoyer wiederum zusammen 2 400.-DM Seine "Begründung", das Gesetz verfolge jeden Rechtsbruch, wenn da jeder komme, würde die Anarchie ausbrechen.

Der ausgezeichnete Rechtsanwalt der beiden Antifaschisten zerplückte dies klägliche Plädoyer. Er wies die rein juristisch unhaltbare Oberflächlichkeit der Staatsanwaltschaft nach. Es ist eben nicht wahr, daß die Justiz jeden Rechtsbruch verfolgt. Wann wurde z. B. die DVU wegen Verdacht auf Volksverhetzung, Rassismus, Antisemitismus juristisch belangt?

In schulmeisterlichem Ton meinte der Staatsanwalt, die Justiz sei weder rechts noch links, sie sei nur dem Gesetz verpflichtet. Die Angeklagte hielt in ihrem Schlußwort dem entgegen, wie erbärmlich sich diese angeblich 'unabhängige' Justiz zeige, wenn sie gemeinsam, Seite an Seite mit dem Neonazi-Anwalt gegen die Antifaschisten vorgehe.

Der DVU-Vorsitzende Frey kann sich sogar rühmen, in 400 Verfahren kein einziges Mal von der Justiz verurteilt worden zu sein.

Die Angeklagten unterstreichen in ihrem Schlußwort scharf die Rolle der Justiz, die schon vor und auch nach 1933 bewiesen hatte, wie nahtlos ihr der Übergang von der Republik zum Faschismus möglich war. Sie brauchte die Front ja auch nicht zu wechseln, sie stand schon immer rechts.

Man spürte die Freude aller Beteiligten über den Freispruch. Nur der DVU-Anwalt und der Staatsanwalt schauten recht säuerlich. Im Zuschauerraum saßen die Nazigegner, die z. B. in Auschwitz zwei Jahre lang gelitten hatten. Mit Tränen in den Augen beglückwünschten sie die Freigesprochenen und den Anwalt zu dem Erfolg, den sie für die demokratische Bewegung erfochten hatten.

In seiner Urteilsbegründung verwies der Richter auf die vielen Protestbriefe wegen dieses Strafbefehls an das Gericht. Er meinte, daß eine solche Beeinflussung des Gerichts doch nicht ganz korrekt sei, daß er selber aber natürlich ganz unbeeinflusst geblieben wäre.

Eine Aufforderung an uns alle, bei der Berufungsverhandlung oder Revision, die ziemlich sicher folgen wird, alles zu tun, damit das Gericht auch in der 2. Runde so "unbeeinflusst" sein kann.

Wie ein Schlag ins Gesicht

Dachau am 11.11.1978:

Empört waren Tausende von Gewerkschaftern und Antifaschisten aus ganz Bayern über die Rede, die der Bundestagsabgeordnete Eppler (SPD) am Krematorium in Dachau hielt.

Über 5 000 Kollegen, Gewerkschafter und Antifaschisten waren aus ganz Bayern mit Bussen und Privatautos gekommen, um in der KZ-Gedenkstätte in Dachau mit einer Kundgebung anlässlich der Juden-Pogrome ("Reichskristallnacht") vor 40 Jahren die Opfer des faschistischen Terrors zu ehren. In einem machtvollen Fackelzug marschierten die alten und jungen Kollegen im Schweigemarsch zum Krematorium im ehemaligen KZ Dachau.

Erhard Eppler (SPD), Oppositionsführer von Baden-Württemberg, hielt die Ansprache. Er faßte seine Ausführungen in den Satz zusammen, daß die Freiheit gerade deswegen so wertvoll sei, weil sie immer wieder gefährdet würde. Wenn man den Gedanken weiterdenkt, kann man sich nach Eppler eigentlich noch bei den Neonazis und F. J. Strauß bedanken, daß sie Freiheit immer wieder gefährden. Eppler sprach vom Antisemitismus, der den Juden als Sündenbock für das Elend in der Gesellschaft hergenommen habe.

Und er rief dazu auf, daß die Menschen sich auch heute nicht wieder dessen schuldig machen sollen. In seiner Rede kam es so raus, als ob es "die Menschen", "das Volk" gewesen wären, die am Antisemitismus profitiert hätten, als ob "das Volk" auch heute wieder aus sich heraus diese Gefahr hervorbringen könnte. Kein Wort davon bei Eppler, daß das Großkapital Hitlers Antisemitismus für ihre Zwecke ausgenutzt hat, daß die Arbeiterbewegung mit Antisemitismus nie etwas zu tun hatte, sondern vielmehr in den Kreisen der Großagrarien und Deutsch-nationalen der Rassenhaß große Mode war.

Eppler behauptete, es habe keinen Widerstand gegen die Pogrome gegeben. Er verschwieg, daß von 1933 bis 1938 die demokratischen Organisationen, die Parteien, Gewerkschaften und Verbände zerschlagen wurden, die politischen Gegner zu Tausenden in die Gefängnisse und KZs verschleppt und viele ermordet wurden. Erst durch die Zerschlagung der Arbeiterbewegung wurde ein solches Pogrom möglich.

Wenn Eppler feststellte, es habe nur ein paar Pfarrer gegeben, die von der Kanzel protestierten, so ist das eben historisch falsch. Warum mußten die Nazis denn dann Epplers eigene Parteigenossen in die KZs stecken? Doch weil sie Widerstand leisteten, auch 1938.

Eppler verharmloste die heutige Lage und bekam lauten Protest, als er sagte, heute sei die Gefahr des Faschismus gebannt. Auch seine Aussage, die Bundesregierung tue alles gegen die Neonazis, provozierte Zwischenrufe wie "Was ist mit den Berufsverboten?"

Bei einer anschließenden Diskussionsveranstaltung der Dachauer VVN stellte die Sprecherin der VVN sehr richtig fest, daß das nicht stimmt, weil bis heute die Bundesregierung nicht der UNO-Konvention gegen die Verjährung der Naziverbrechen beigetreten sei.

Viele Kollegen waren sauer. In Gesprächen meinten Kollegen aus der Gewerkschaftsjugend "von dem lassen wir uns nicht nochmal unsere Veranstaltung versauen". Alte Antifaschisten, die

selber im KZ gesessen haben, waren über Epplers Rede hell empört. Die VVN-Sprecherin meinte anschließend, die VVN habe es nicht geschafft, einen Sprecher aus ihren Reihen durchzusetzen. Das ist aber nicht nur ein Problem der VVN, sondern der ganzen demokratischen und antifaschistischen Bewegung. Denn an uns allen wird es liegen, ob beim nächsten Mal wieder ein Redner wie Eppler uns ärgert, der sich ausschweigt über die heutigen Kampfaufgaben, der die tatsächlichen Gefahren verharmlost, der insbesondere hier in Bayern beim Thema Rechtsgefahr Strauß nicht erwähnt und anstatt die Einheit zu festigen, antikommunistische Sprüche klopft.

Der Erfolg dieser Dachauer Veranstaltung war die massive Teilnahme gerade der jungen Gewerkschafter. Der Erfolg wird weiterwirken, wenn die Teilnehmer aus ihrem Ärger Kraft gewinnen zum Kampf gegen die Reaktion. ■

Aus

„Vorwärts“, 17.11.78

"Im Zusammenhang mit dem Rücktritt des baden-württembergischen Ministerpräsidenten H.K. Filbinger, glaubte der CSU-Vorsitzende F.J. Strauß in 'Bild am Sonntag' vor einem 'geistigen Bruderkrieg' warnen zu müssen. Strauß: "Das Materialsammeln, Schnüffeln, Drecksuchen, Anschließen, Hetzen, Rufmorden, Abschießen war eine beliebte Methode der Nazis, deren gelehrige Schüler die Roten sind. Besonders die braune Jauche wird von ihnen gerne benutzt. - Das ist die fortgesetzte neue Spaltung unseres Volkes, die mit der Suche nach geschichtlicher Wahrheit und Läuterung nichts gemein hat."

(Zit. nach 'Blätter für dt. und intern. Politik, 9/78) ■

Polizei verhält sich 'neutral'

Wir sind zu viert; ein Kollege aus Dachau wird uns zur VVN-Veranstaltung in Dachau mitnehmen. Er hatte Flugblätter zur "Reichskristallnacht" und die 'Lagerzeitung' der Lagergemeinschaft Dachau mitgenommen; ein paar Exemplare liegen auf der Ablage unter dem Rückfenster.

Der Kollege sitzt schon am Steuer, wir wollen gerade einsteigen, da kommt ein forscher, junger Polizist auf uns zu. Er inspiziert das Auto.

"Guten Abend. Öffnen Sie bitte den Kofferraum!"

Wir sind irritiert und empört. Was ist das für eine Art, mit Besuchern einer solchen Gedenkfeier umzugehen? "Darf man etwa keine Flugblätter dabei haben? Sicher darf man das - mit einigen Ausnahmen -." "Also, was wollen Sie denn dann?" "Ich möchte nur kontrollieren, ob das Impressum stimmt. Jede Druckschrift muß ein ordnungsgemäßes Impressum aufweisen." belehrt uns der Freund und Helfer.

Der Kollege hat den Kofferraum geöffnet und gibt dem Polizisten von einem Stoß Flugblätter zur "Reichskristallnacht" ein Exemplar. Der überfliegt die Seiten. "Wo steht denn da das Impressum?" "Lesen Sie's halt durch", sagt der Kollege. Das war offenbar zu wenig ehrerbietig; der Beamte im Dienst fixierte den Kollegen scharf: "Sie, sagte er, wenn Sie mich provozieren wollen, kann ich auch in einem anderen Ton mit Ihnen reden!" Ich will Sie nicht provozieren", sagt der Kollege.

Mir wird die demonstrative Distanz des Vertreters der Staatsmacht allmählich zu viel: "Sagen Sie mal, wie reden Sie denn überhaupt mit uns? Wir kommen eben aus dem ehemaligen KZ-Lager . . ."

"Mein Ansprechpartner ist der Bürger! Ich rede mit ihm so, wie er mit mir redet!" werde ich wie ein Schuljunge belehrt. Im übrigen hat der Beamte jetzt das Impressum gefunden, "Alles in Ordnung", wir können fahren.

Der Polizist hat noch das Flugblatt in der Hand und will es mir zurückgeben.

"Behalten Sie's nur", sage ich. 'Reichskristallnacht', das interessiert ihn

nicht? "Sagen Sie, wissen Sie, welche Veranstaltung heute abend hier war?"

Er weiß es. "Erhard Eppler (MdB-SPD) hat eine Gedenkrede gehalten, und Sie als Vertreter des Staates interessiert das nicht?" "Nein" Ich will ihn packen: "Was sind Sie denn für ein Mensch überlegen Sie doch einmal, was damals geschehen ist . . ." Aber auch das rührt ihn nicht, was kümmert ihn der Inhalt, was soll er also noch mit dem Flugblatt? "Lesen Sie es doch erst mal durch!", sage ich ruhig, "dann können Sie ein Urteil abgeben". Aber er ist nicht zu erschüttern; "ein Urteil, belehrt er mich dozierend, kann nur abgeben, der dabei gewesen ist."

Ich mag nicht mehr und steige ins Auto ein. "Aha", ruft er mir nach, "einer Diskussion entziehen Sie sich!"



DGB JUGEND

Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend
Alt/Neuötting am 7.11.1978

40. Jahrestag der Reichskristallnacht

"Anlässlich des 40. Jahrestages der Reichskristallnacht besuchte ich eine Veranstaltung der Gewerkschaftsjugend Alt/Neuötting, zu der ein Vertreter des Anti-Strauß-Komitees München als Referent eingeladen war.

Bekannt war mir dieses Komitee durch Broschüren über das Bayer. Polizeiaufgabengesetz, über Strauß und durch das Flugblatt mit dem Artikel der in Hamburg erscheinenden Wochenzeitung "Die Zeit".

Daß die Jugendlichen auf dieser Veranstaltung von dem Bericht und den Bildern über das 3. Reich sehr beeindruckt waren, konnte man aus der angeregten Diskussion entnehmen.

Ein Jugendlicher berichtete, daß Lehrer in seiner Schule offene Werbung für Strauß und seine CSU machen, daß Schüler mit faschistischen Ansichten offen ihr Unwesen treiben können.

Der Gruppenleiter der Gewerkschaftsjugend berichtete über die Veranstaltungen der NPD im Chemiedreieck und meinte, obwohl sie bisher noch nichts dagegen unternommen hätten, müßte man sich doch in Zukunft etwas überlegen. Beginnen mit dem antifaschistischen Kampf will die Gewerkschaftsjugendgruppe mit dem Film "Nazis gibts die noch?" Auch meldeten sich noch einige Teilnehmer der Veranstaltung zur Fahrt am 11.11. nach Dachau anlässlich der Gedenkfeier im dortigen KZ-Lager.

Ein anderer Jugendlicher warf noch die Frage auf, wie man Schüler zum politischen Denken motivieren könne. Mit einigen Beispielen wurde diese Frage beantwortet.

Eine Kollegin erzählte, daß sie durch eine Schülergruppe, die Handzettel gegen einen faschistischen Lehrer verteilte, zur politischen Mitarbeit kam; ein Kollege berichtete, daß man die Klassenkameraden über die Rechte eines Auszubildenden - festgelegt im Jugendarbeitsgesetz - aufklären müsse.

Diese Veranstaltung war für die Gewerkschaftsjugend Alt/Neuötting ein Schritt nach vorn und wirklich ein Ansporn für ängstliche Kollegen, mit mehr Mut an neue Aufgaben heranzutreten."

Die Gewerkschaftsjugend Alt/Neuötting spendete dem Anti-Strauß-Komitee München

DM 30.-

weiterhin wurde auf der Veranstaltung anlässlich des 40. Jahrestages der Reichskristallnacht von den anwesenden Jugendlichen ein Betrag von

DM 10.73

gesammelt.

Das ASK dankt den Spendern sehr herzlich.

Goslar: Gewerkschafts jugend gegen Faschisten

Durch Zufall entdeckte die DGB-Gewerkschaftsjugend des Kreises Goslar-Gandersheim (Harz) am Samstag, dem 24.9., daß die "Wiking-Jugend" aus Hamburg ein Zeltlager auf dem Campingplatz in Göttingerode aufgeschlagen hatte. Diese militante Vereinigung, die der rechten Extremistenszene zugeordnet wird, war mit ca. 40 Mitgliedern, größtenteils Kindern und Jugendlichen im Alter von 6-15 Jahren angerückt, um ihre paramilitärischen Geländespiele durchzuführen. Ausstaffiert einheitlich mit schwarzen Militärstiefeln, schwarzen Hemden und Hosen, Tarnjacken und Runenabzeichen der ehemaligen Waffen-SS traten sie am Sonntag morgen zum Appell an. Ein Zelt trug ein stilisiertes eisernes Kreuz mit der Aufschrift "Hanna Reitsch" (bekannte NS-Pilotin).

Als rund 60 junge Gewerkschafter gegen 10 Uhr zu einer spontan organisierten Gegenkundgebung erschienen, waren die Faschisten allerdings nicht mehr auf dem Campingplatz, da sie bereits zu Geländespielen aufgebrochen waren. Die Demonstranten verteilten aufklärende Flugblätter an die Campinggäste und hielten über Megaphon eine kleine Ansprache. Die vorsorglich benachrichtigte Polizei brauchte nicht anzurücken; die Alarmierung war notwendig, da jüngste Ereignisse erst wieder bewiesen hatten, wie gefährlich diese neofaschistische Organisation ist:

- Mitglieder der "Wiking-Jugend" hatten sich vor einigen Monaten auf einer ihrer Kundgebungen mit einer Hundertschaft der Polizei eine blutige Saalschlacht geliefert.

Gegen die 21 Mitglieder einer in Norddeutschland angesiedelten "Wehrsportgruppe", die von Angehörigen der "Wiking-Jugend" in Schleswig-Holstein gegründet worden war, läuft ein Verfahren der Bundesanwaltschaft. Den Beschuldigten werden der Ankauf gestohlener Ausrüstungsgegenstände der Bundeswehr, Überfälle auf Bundeswehrposten, Diebstahl von 1000 Schuß Bundeswehrmunition, ein Banküberfall mit 66000.- Beute sowie Raubüberfälle auf eine Bundeswehrstreife und auf niederländische Soldaten vorgeworfen. Diese Straftaten hätten dazu gedient, Geld und Waffen für eine bestehende terroristische Vereinigung zu beschaffen. Ziel dieser Vereinigung sei die Zerstörung von Einrichtungen der alliierten Nato-Streitkräfte, der Mauer in Berlin, sowie von Gedenkstätten der Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Darüberhinaus werden sie verdächtigt, den Sprengstoffanschlag auf die Anwaltschaft in Flensburg im September 1977 begangen zu haben.

- Vor etwa einem Jahr haben Angehörige der "Wiking-Jugend" einen Sendewagen des NDR zerstört, sowie einige Reporter angegriffen und verletzt, als diese einen Film über die Aktivitäten der Neonazis in der BRD drehen wollten.

Diese drei Beispiele von vielen beweisen, wie aktiv die Neofaschisten in unserem Land sind, wie offen sie auftreten können und wie wenig sie eigentlich von staatlichen Organen zu fürchten haben, und sei es nur durch bessere Aufklärung und mehr Information sowohl der Eltern, als auch der Kinder über die Zielrichtung dieser neonazistischen Jugendverbände, die immernoch den "Endsieg" im Sinn haben und dabei betonen, nicht die letzten von gestern, sondern die ersten von morgen zu sein.

Gut in dieses Gesamtbild der Verharmlosung passen auch die Ansichten des ehemaligen Bayer. Innenministers Alfred Seidl, der, obwohl sich die neonazistischen und antisemitischen Ausschreitungen von 1976 auf 1977 nicht nur in Bayern verdoppelt haben und die "zunehmende Bereitschaft zu bewaffneter Gewaltanwendung Anlaß zur Besorgnis geben" (Bundesinnenminister Baum), dieser Seidl betont, von einem "erheblichen

Anstieg des Neonazismus schlechthin kann nicht gesprochen werden" und gesteht weiter ein, die Ursachen dieses Anstiegs seien nicht bekannt, "zumal die neonazistischen Veröffentlichungen in ihrer Gesamtschau kein eindeutiges Angriffsziel und keine Gesamtsteuerung erkennen ließen" (als ob er noch nie die Nationalzeitung gelesen hätte!). Es braucht einen nicht mehr zu wundern, daß die meisten der in den letzten Jahren eingeleiteten Verfahren gegen die Verbreitung rechtsradikaler Druckschriften, Schmier- und Klebeaktionen und Schändung jüdischer Friedhöfe meist wegen "zu geringer Schuld" oder Nichtermittlung der Täter eingestellt worden sind. In Zahlen: von 1975 bis 77 sind in Bayern

insgesamt 122 Verfahren gegen Rechtsextremisten eingeleitet worden, nur in 8 Fällen kam es zu einer Verurteilung, obwohl in Bayern die größte Polizeidichte der Flächenstaaten herrscht und Bayern heuer wieder 2,3 Milliarden DM für die "innere Sicherheit" ausgibt.

Die gemeinsame Aktion gegen die "Wiking-Jugend" war aber damit noch nicht zu Ende. Als am nächsten Tag ein Artikel über das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschafter und bald darauf ein Leserbrief, der die "Wiking-Jugend" als harmlos darstellte in der Goslarschen Zeitung erschien, reagierten die Jugendlichen prompt. Durch gezielte Leserbriefe, die darüber aufklärten, wer und wie gefährlich die "Wiking-Jugend" ist, wurde die Diskussion über neofaschistische Gruppen in Goslar und Umgebung angeregt. Die Gewerkschaftsjugend in Goslar hat damit beispielhaft gezeigt, was die Pflicht jedes Gewerkschafters im Kampf gegen den Neonazismus ist!

Zum Thema „Wiking-Jugend“, über das die GZ seit dem 25. September laufend berichtet hat:

Übungen für den Krieg?

Klaus Hoffmann, Gauleiter der Wiking-Jugend, schreibt in seinem Leserbrief, daß die Tat im Vordergrund steht.

Wir wollen die Taten der Wiking-Jugend etwas näher beschreiben. Hierzu möchten wir aus dem Buch „Die Neonazis“ von Jürgen Pomorin und Reinhold Junge zitieren. Danach spielte sich im Sommerlager der Wiking-Jugend in Ansbach im Sommerlager der Wiking-Jugend in Ansbach folgendes ab:

„Wir sahen Kinder, die in Betonröhren hockten und sich mit Stöcken bewarfen, die Handgranaten darstellten. Andere Kinder spielten ‚den gegnerischen Graben stürmen‘. Eine Sechsjährige bekundete freimütig: ‚Wir üben für den Krieg‘. Wir erlebten, wie eine Gruppe kleinerer Mädchen, die angefangen hatten, ein Liedchen zu trällern, angeherrscht wurde: ‚Lied aus!‘ Und verschüchtert schwiegen die Kleinen. Im ganzen Lager herrschte militärischer Drill — auch für die Kleinsten.“

Brutalität von Jugend an formt die Mitglieder der Wiking-Jugend. Bei einem Boxkampf, der in einem Zelt abgehalten wurde, konnte es einem schlecht werden. Ein wesentlich größerer Junge prügelte unter dem Gejohle der erwachsenen Wikinger einen wesentlich kleineren. Obgleich der Kleine mehrmals zu Boden ging, zwangen die Wiking-Führer ihn immer wieder, sich gegen den Großen zu stellen. Da half ihm auch kein Nasenbluten. ‚Gelobt sei, was hart macht‘ war die Devise.

Andere Jugendliche bekamen eine paramilitärische Ausbildung verpaßt: Sie mußten wie Einzelkämpfer der Bundeswehr an Seilen von Baum zu Baum hangeln — in einer Höhe von mehreren Metern. Wieder andere mußten rob-

5.10.78

ben, und alle Jungen wie Mädchen wurden zu Schießübungen abgefohlen.“

Aufgrund dieses Zitates bedarf es ja wohl keiner weiteren Ausführungen mehr. Jedem dürfte jetzt wohl klar sein, worum es der Wiking-Jugend wirklich geht und an welche Tradition sie anknüpfen, nämlich an die Tradition der Faschisten im Dritten Reich. So etwas dürfen und lassen wir uns als aktive Gewerkschafter nicht gefallen, denn wir wollen nicht die Wiedereinführung der Schreckensherrschaft der Faschisten!

Lutz Steffen, Mitglied der IG Metall
Iris Bothe, Mitglied der IG Bergbau und Energie
Manfred Kaste, Mitglied der IG Chemie, Papier und Keramik
Bernhard Studrucker, Mitglied der IG Chemie, Papier und Keramik



Faschistische Provokation

fordert entschlossene Aktion!

Bericht aus Hamburg

Hamburg ist wohl der Ort Westdeutschlands, in dem Neonazis und Faschisten sich wieder offen organisiert sammeln und am frechsten auftreten.

Die wichtigste zu nennende Organisation ist die "Hansa"-Bande (nennt sich auch NSDAP oder SA-Sturm) unter ihrem Anführer Michael Kühnen (ehemaliger Bundeswehrleutnant, 22 Jahre, Aktivist der "Aktion Widerstand", 2. stellvertretender Vorsitzender der "Aktionsgemeinschaft Vierte Partei", Landesverband Hamburg).

Diese Faschistenbande treibt ihren Terror seit Anfang 1977. Nach einer 'unvollständigen Chronik der neonazistischen Umtriebe und Verbrechen in Hamburg im Jahre 1977' der V A N

(Vereinigung der Antifaschisten und Verfolgten des Naziregimes) sind im Zeitraum zwischen Mai 1977 bis Mitte Juli 1977 - 1 1/2 Monate - auf 5 verschiedenen Friedhöfen 202 Grabsteine mit Hakenkreuzen und Nazi- parolen (Tod dem roten Dreck u. a.) beschmiert worden; in der Uni waren in Massen Aufkleber "Kauft nicht bei den Juden" angebracht; sieben Mal wurden in dieser Zeit DKP-Büros überfallen; Hakenkreuz-Schmierereien sowie faschistische Hetzparolen und Plakate mit Hakenkreuzen fanden sich auf öffentlichen Gebäuden. Seit dieser Zeit reißen die Provokationen der Faschisten nicht ab. So wurde eine Kundgebung der "Hansa"-Bande unter dem Titel "Gerechtigkeit für Adolf Hitler" mit anschließender Enthüllung einer "Hitler-Gedenktafel" in Hamburg zwar verboten - allerdings erst nach massivem Protest von Demokraten und Antifaschisten - wurde aber in Lentförden/Schleswig-Holstein abge-

halten und endete mit einer Saalschlacht mit der Polizei. Von den 100 anwesenden schlägernden Faschisten wurden lediglich 20 vorübergehend festgenommen, der Rest des Nazihaufens konnte die Veranstaltung fortführen.

In Hamburg ist es leider durchaus kein ungewohnter Anblick mehr, Faschisten der "Hansa"-Bande in SS-Aufzug (schwarze Lederkleidung, Stiefel, Gürtelkoppel mit Runen-Zeichen) eingehakt nebeneinander marschierend in der Fußgängerzone der Innenstadt zu sehen und Verkäufer demokratischer Zeitungen möglichst bis zur Schlägerei zu provozieren.

Von-Seiten der Staatsorgane - Justiz, Verwaltung und Polizei - wurde diesen Aktivitäten bisher nur Vorschub geleistet.



Mitglieder der "Hansa"-Bande in der Hamburger Innenstadt.
Bild aus Flugblatt der BUU

Deutlicher Beweis dafür: Der "Antifaschistenprozeß", der nun seit fast 6 Monaten läuft. Seit dem 8. Mai ds. Js. findet dieser Mammutprozeß gegen 9 Antifaschisten vor dem Hamburger Landgericht statt.

Kurz der Hintergrund: Auf Einladung der NPD versammeln sich in Hamburg alte und neue Nazis aus dem In- und Ausland zum "Kongreß der nationalen Kräfte Europas" am 7. August 1976. Um faschistische Agitation zu betreiben, stellen die Nazis in der Fußgängerzone der Innenstadt einen Büchertisch mit faschistischer Literatur, antijüdischen Hetzblättern etc. auf. Die Aktion wird von Anfang an von etwa einem halben Dutzend Polizisten geschützt. Über die freche Provokation der Faschisten empört, findet sich spontan eine Gruppe von ca. 60 bis 100 Antifaschisten zusammen, die gegen das Auftreten der Nazis demonstrieren und in Sprechchören 'Nazis raus aus Hamburg' fordern und

dann versuchen, den Büchertisch abzuräumen. Dazu kommt es aber zunächst nicht. Denn die Polizei-Leibwache der Nazis ruft sofort Verstärkung. Hundertschaften kommen, bilden Ketten gegen die Demokraten, riegeln die Straße ab und beginnen auf die Antifaschisten einzuprügeln. Das Vorgehen der Polizei mit chemischen Keulen und Schlagstöcken ist unglaublich brutal. Zahlreiche Demonstranten und unbeteiligte Passanten werden verletzt, 13

Antifaschisten werden verhaftet. Der damalige SPD/FDP-Senat erntete für sein 'hartes Durchgreifen' immerhin Lob: Nach Beendigung des Kongresses bedankte sich NPD-Vorsitzender M. Mussnug beim Hamburger Senat: "Der Polizeischutz in dieser Stadt ist hervorragend. In vielen anderen Städten wäre unsere Sicherheit bestimmt nicht so gut gewährleistet worden."

Von den festgenommenen Antifaschisten wurden 10 angeklagt wegen (schweren) Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt, teilweise wegen gefährlicher Körperverletzung und versuchter Gefangenentbefreiung.

Der Prozeß wird ganz offensichtlich gegen die Antifaschisten geführt: Die Polizisten werden vom Gericht - seien ihre Aussagen auch noch so widersprüchlich und wirr - immer als "glaubwürdige" Zeugen hingestellt. Die Zeugen der Verteidigung dagegen sind sowieso unglaubwürdig, wenn es sich bei ihnen um beteiligte Antifaschisten handelt. Unbeteiligte Zuschauer werden es spätestens dann, wenn immer wieder kommt: "Mir war unverständlich, warum die Polizei auf einmal eingriff. Es hatte überhaupt niemand was getan."



Von "Hansa"-Bande und NPD-Schlägern krankenhausreif geschlagener Antifaschist (23.9.78; Bild aus Flugblatt der BUU)

In den letzten Wochen kamen Morddrohungen der Neonazis gegen die Angeklagten:

"Falls die roten Schweine vor Gericht freigesprochen werden, greifen unsere SA-Kameraden zur Selbsthilfe wie 1933! Es wird Tote geben !!! Als erster bist Du dran...!"

Das Gericht verschwendete keine Zeit an den Gedanken, ob es notwendig sei, die Angeklagten unter Polizeischutz zu stellen. Daß die Drohungen der Faschisten ernst zu nehmen sind, wissen die Hamburger Antifaschisten aus den Erfahrungen der letzten Monate, in denen nahezu jedes Wochenende in der Innenstadt Antifaschisten von neonazistischen Schlägertruppen zusammengeschlagen worden sind. Seitdem allerdings vor 6 Wochen 20 bis 30 Neonazis nach einer NPD-Kundgebung den Büchertisch einer Bürgerinitiative kurz und klein schlugen und Mitglieder dieser Bürgerinitiative mit Knütteln und Schlagketten schwer verletzten, sind die Demokraten Hamburgs wach geworden.



Dieses Kleinholz war vor dem Überfall der Faschisten am 23.9. ein Büchertisch der BUU (Hamburger Innenstadt)

Wo Faschisten auftauchen, bilden sich meist rasch Gruppen von Antifaschisten, die - je nach Kräfteverhältnis - gegen das Auftreten der Nazis vernehmlich protestieren oder sie verjagen.

So geschehen am 30.9.1978: Mitglieder der "Hansa"-Bande, teilweise behelmt, in SS-Aufzug, mit Schlagketten bewaffnet, verteilten in der Fußgängerzone faschistisches Propaganda-Material (Völkischer Beobachter). Die Faschisten wurden von den Demokraten eingekreist. Mit Sprechchören und Gesprächen versuchte man die Bevölkerung einzubeziehen. Als die Nazis um sich schlagend zu fliehen versuchten, wurden sie von den Antifaschisten verfolgt und durch die Innenstadt gejagt und nach einer größeren Schlägerei von der Polizei vorübergehend festgenommen.

Der Erfolg der gemeinsamen Aktion: Die "Hansa"-Bande hat sich seit diesem Wochenende (30.9.) nicht mehr getraut, in der Fußgängerzone aufzutau- chen oder einen Verkäufer einer demokratischen Zeitung zu behelligen. Wir werden uns also dieses Herangehen an die "Hansa"-Banditen zur Gewohnheit machen.

Antifaschistische Veranstaltung von Christen und Juden

Am Jahrestag der "Reichskristallnacht" (diese verharmlosende Bezeichnung stammt von den Hitlerfaschisten) veranstalteten in Regensburg die evangelische, katholische und jüdische Gemeinde einen Schweigemarsch durch die Stadt, einen gemeinsamen Gottesdienst, sowie anschließend noch einen Informations- und Diskussionsabend. Der Schritt der drei Kirchen zu diesen Veranstaltungen am 9. November stellte einen bedeutenden Beitrag zur Stärkung des demokratischen Kampfes in Regensburg dar, weil er weite Kreise der Bevölkerung erreichte. Heftig angegriffen wurde bei der Diskussion am Abend einer der offiziellen Redner der Veranstaltung, ein Professor der Geschichte (!) von der Universität Regensburg (Albrecht sein Name). Er hatte in seinem Referat wichtigtuerisch berichtet, wieviele Juden 1938 in Deutschland auf dem Land und wieviele in der Stadt lebten, aber kein Wort über die politischen und wirtschaftlichen Hintergründe verloren, warum die Nazis die Judenverfolgungen brauchten. Gehört der Professor zu denen, die ein Interesse daran haben, den Faschismus und dessen Gefahr totzuschweigen? Jedenfalls redete er viel davon, daß heute hier die Meinungsfreiheit herrsche und forderte diejenigen, die seinen Vortrag kritisierten zum Gehen auf.

Mehr Wissen als der gelehrte Geschichtsfachmann und v.a. mehr Bereitschaft aus der Geschichte zu lernen bewies die überwältigende Mehrheit der Anwesenden im Saal, die klar erkannten, was uns die Judenverfolgung von damals heute zu sagen hat. Von Betroffenen wie von Augenzeugen wurden äußerst anschauliche Erlebnisberichte über jene Zeit gegeben und es wurden Vergleiche zur Gegenwart gezogen. Versuchen nicht z.B. gewisse Leute bei uns heute die Arbeitslosigkeit zu "lösen" mit der Forderung "Gastarbeiter raus"? Gibt es etwa keine Berufsverbote in Westdeutschland? Jedem konnte klar werden, der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch.

Gibt es liberale Berufsverbote ?

Wenige Wochen vor der Konferenz der Ministerpräsidenten, vom 6. - 8. Dezember in Düsseldorf hat die SPD ihr 'Positionspapier zur Radikalenfrage' veröffentlicht. Seit einigen Wochen schon überschlagen sich Frei- und Sozialdemokraten in Lippenbekennnissen, wie schrecklich doch der Radikalenerlaß für unsere Demokratie und insbesondere für das Verhältnis der Jugend zu diesem Staat sei. Und sogar die CDU schwimmt auf dieser Welle mit, wenn z.B. im Saarland Überlegungen angestellt werden, die Überprüfung der Bewerber für den öffentlichen Dienst neu zu gestalten. Erblüht ein neuer Frühling in der BRD, wird der verfassungswidrige Radikalenerlaß abgeschafft?

Keineswegs! Alle Aussagen und Papiere der 'demokratischen' Parteien laufen lediglich auf eine 'Liberalisierung' und somit auf eine kosmetische Korrektur des 'Ministerpräsidentenbeschlusses zur Extremistenfrage' vom 28. 1. 1972 hinaus.

Nach wie vor soll die Zugehörigkeit eines Bewerbers zu einer legalen, von den beamteten Staatsschützern aber als verfassungsfeindlich denunzierten Partei für die Ein- bzw. Nichteinstellung entscheidend sein. Und nur einige wenige SPD Abgeordnete haben sich dagegen gewandt, daß die Gesinnungsschnüffelei, das Verhör zur Ermittlung einer antikommunistischen Einstellung beibehalten werden soll.

Die einzige Veränderung, die das sozialdemokratische Positionspapier anzielt liegt in der Rationalisierung der Überprüfungspraxis. Nach dem Grundsatz der 'Verhältnismäßigkeit der Mittel' sollen nicht mehr automatisch über jeden Bewerber Auskünfte beim Verfassungsschutz eingeholt werden. Die Computer der beamteten Schnüffler vom Verfassungsschutz sollen also ökonomischer eingesetzt werden.

Auch die FDP hat auf ihrem Parteitag eine 'Forderung zum Schutz liberaler Freiheitsrechte' verabschiedet. Ebenso wie bei der SPD ist bei ihr - und auch das nur gegen die Häuptlinge Genscher und Hirsch - die Forderung nach der Abschaffung der Routineanfrage das einzig faßbare Ergebnis. Die routinemäßige Bespitzelung eines jeden Bürgers durch die drei bundesdeutschen Geheimdienste, darüber sind sich alle drei 'großen' Parteien einig, bleibt bestehen. In Worten reden beide Parteien und vor allem ihre Oberen davon, der Radikalenerlaß sei schädlich, weil Kritik an Staat und Gesellschaft das Lebenselement der Demokratie sei.

Aber das alles sind höchstens Lippenbekennnisse, solange hierzulande stets brutale Polizeieinsätze und Gewaltanwendungen gegen demonstrierende Demokraten gerechtfertigt werden, weil eine sogenannte öffentliche Sicherheit und eine innere Ordnung gefährdet seien. Das alles sind Lügen, wenn Faschisten geduldet, ja sogar unterstützt werden, wie die Treffen der SS Verbände oder die Großveranstaltungen der türkischen faschistischen Mörder, der 'Grauen Wölfe', die allein im letzten fünfhundert Antifaschisten umgebracht haben sollen. Auch sind Zweifel an der demokratischen Gesinnung unserer Staatsorgane angezeigt, wenn sich niemand darüber entrüstet, daß der amtierende Bundespräsident Scheel sich nicht mehr daran erinnern kann, wann und warum er in die NSDAP eingetreten ist und wenn mit der Forderung "Es muß endlich mal Schluß sein" von Schmidt im Sinne



Öffentlicher Dienst

Wir stellen ein:
fähige

**Radfahrer
Schleimer
Duckmäuser
Schnüffler
Kriecher**



Aktion Sauberer Staat (SS)

Die Kultusminister der Länder

von Strauß darüber hinweggegangen wird, daß der designierte Bundespräsident Carstens ebenfalls Mitglied der Nazi-Partei war.

Bei soviel Heuchelei der Demokraten über die angebliche Abschaffung der Berufsverbote ist wenigstens einer ehrlich und zeigt seine wahre Gesinnung, der Vorsitzende des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, der bayerische Kultusminister Hans Maier. Er fordert die Verschärfung des Radikalerlasses, wenn er sagt, wer nicht so denkt, wie ich es befehle, der ist auch ein unqualifizierter Pädagoge. Wörtlich: "Wer die Verfassungstreue nicht nachweisen kann, verfügt eben nicht über eine entscheidende Qualifikation." Im Mittelalter wurden Frauen verbrannt, weil sie nicht nachweisen konnten, daß sie keine Hexen waren.

Wir werden uns von der Beschwichtigungsspropaganda nicht einlullen lassen. Was nutzt einem arbeitslosen Lehrer, wenn ihm ein liberalisiertes Berufsverbot erteilt wurde? Unsere Forderungen lauten weiter: Bedingungslose Beseitigung des Radikalerlasses! Entfernung aller Faschisten aus öffentlichen Ämtern! Erst wenn diese Forderungen erfüllt sind glauben wir den Lippenbekenntnissen der Berufsdemokraten. ■



Im Zuge der Lockerung des Radikalerlasses ...



... ist vorgesehen ...



... auch wenn der Hals noch sehr rot sein sollte.



... erkälteten Lehrern das Unterrichten zu gestatten ...

WIE KOMMT DIE JUNGFRAU ZUM KINDE ?

Scheel hat keine Unterlagen mehr über Mitgliedschaft in NSDAP

Bonn (dpa)

Bundespräsident Walter Scheel ist während des Krieges Mitglied der NSDAP gewesen, weiß aber nicht mehr, wie sein Parteieintritt zustande gekommen ist, teilte der Sprecher des Bundespräsidialamtes, Jörg Ter-Nedden, mit.

Die Mitteilung über seine Aufnahme in die NSDAP habe er im Dezember 1942 an der Front in Rußland erhalten. Der Bundespräsident habe keine Erinnerung und keinerlei Unterlagen mehr über das Zustandekommen seiner Parteimitgliedschaft. Er könne deshalb nicht mit Sicherheit sagen, ob er die Mitgliedschaft beantragt habe oder nicht.

(SZ vom 13.11.78)

KEINE VERJÄHRUNG VON NAZI-VERBRECHEN !

Die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten hat folgende Forderung aufgestellt:

"Der Deutsche Bundestag beschließt den Beitritt der Bundesrepublik zur UNO-Konvention über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit."

Diese Konvention besteht schon seit 10 Jahren!

Am 4.11.78 fand in Luxemburg ein Kongreß von 63 nationalen und internationalen Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus aus 12 europäischen Ländern statt, bei dem u.a. beschlossen wurde, eine großangelegte Unterschriftenaktion auf europäischer Ebene für die Nichtverjährung zu starten.

Das Anti-Strauß-Komitee unterstützt diese Forderungen und wird im nächsten "DID" ausführlich zu dem Problem der Verjährung informieren und Stellung nehmen.

Neues PAG wird bereits angewendet

STRAUSS-GEGERNER DÜRFEN IN NÜRNBERG NICHT PROTESTIEREN

Nach einer sehr erfolgreichen Aktion gegen die Landtagswahl-Kundgebung von Strauß in Regensburg entschlossen sich viele Demokraten am darauffolgenden Tag zur Strauß-Kundgebung nach Nürnberg zu fahren, um dort die Antifaschisten bei ihren Protestaktionen gegen Strauß zu unterstützen. Die folgende Presseerklärung schildert, was den aktiven Demokraten geschah.

Brigitte Renkl
Werftstr.6
8400 Regensburg

Regensburg, den 13.10.78

Erklärung

an Presse und demokratische Organisationen

Strauß - Gegner dürfen in Nürnberg nicht protestieren
Erste Anwendung des neuen Polizeiaufgabengesetzes

Am Donnerstag, den 12.10. wurde ein Bus mit 30 Strauß-Gegnern am Ortseingang von Nürnberg von einem Polizeiaufgebot von 40 - 50 Mann aufgehalten. Etwa 20 Polizisten drangen in den Bus, ohne jegliche Erklärung abzugeben, und durchsuchten ihn. Die meisten Businsassen wurden einer Leibesvisitation unterzogen, die Personalien wurden von allen aufgenommen. Nach Durchsuchen des Kofferraumes und Entrollen der mitgebrachten Anti-Strauß-Transparente bemängelte der Polizei-Einsatzleiter, die Transparentstangen hätten nicht die gesetzlich vorgeschriebene Form. Dies diente dem Einsatzleiter zur Rechtfertigung des Polizeieinsatzes und als Vorwand, die Businsassen vor die Alternative zu stellen entweder unter Polizeibegleitung nach Regensburg zurückzufahren oder im Bus für die Dauer der Strauß-Kundgebung unter Polizeigewahrsam zu bleiben. (Auf den Transparenten stand: z.B. "Für Demokratie - gegen Strauß".) Erst nach mehrmaligem Drängen gab der Einsatzleiter den Grund für diese Maßnahmen an: Versammlungsgesetz und das neue Polizeiaufgabengesetz. Dabei unterließ er es sowohl, uns darauf hinzuweisen, auf welche Paragraphen des Gesetzes er sich stützte, noch wurde eine Rechtsmittelbelehrung gegeben. Auf das Angebot, die Stangen zurückzulassen und so weiterzufahren, hieß es allerdings: Wir seien mit der Absicht gekommen, die Kundgebung des Herrn Strauß zu stören, und diese Absicht genüge, uns weiterhin festzuhalten.

Erst auf mehrmaliges Drängen hin gab uns der verantwortliche Beamte seinen Namen und Dienstgrad - eine Dienstnummer habe er nicht.

Erst nach mehrmaligem Drängen wurde gestattet, daß wir Verbindung mit einem Rechtsanwalt aufnehmen. Dieser bestätigte die Rechtswidrigkeit des Einsatzes und übernahm die Klagevertretung der Straußgegner.

Bevor wir unsere Rückfahrt antraten, erklärten wir gegenüber der Polizei, daß der Einsatz rechtswidrig sei, und daß wir hiermit nur Ihrer Gewalt weichen, daß wir alles daransetzen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, um dem Abbau demokratischer Rechte entgegenzutreten.

Auf der Rückfahrt erhielten wir 20 km lang "Begleitschutz" von einer Polizeieskorte.

Während der ganzen Aktion stand das Polizeiaufgebot in Verbindung mit der zentralen Einsatzleitung. Als Verantwortlicher für den Polizeieinsatz wurde uns Hauptkomisar Müller genannt.

Während des ganzen Vorfalls stand, etwa 50m von der Kontrollstelle entfernt, ein massives Aufgebot der Bereitschaftspolizei.

Wir meinen: Gegen Strauß protestieren wird mit Gewalt verhindert! Dieser Polizeieinsatz ist ein neuer Höhepunkt in der Beschränkung der demokratischen Rechte und Freiheiten, und der erste Fall, bei dem sich die Polizei auf das neue bayrische Polizeiaufgabengesetz (seit 1.10.78 in Kraft) stützt. Bezeichnend ist dabei, daß die Absicht an einer Kundgebung teilzunehmen, bereits derartige Mittel rechtfertigt und damit unbequemer Protest unterbunden werden kann. Strauß und seine Anhänger müssen große Angst haben, daß Stimmen gegen seinen Rechtskurs, wie er ihn in Sonthofen und Chile dargelegt hat, laut werden.

Der Einsatz der Polizei ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß es bei der Straußkundgebung am Vortag in Regensburg massive Proteste gegen Strauß gegeben hat und einem anschließenden Fackelzug mit über 300 Teilnehmern.

- daß sich auch aus den Reihen der Gewerkschafter gegen Strauß verstärkt und der Verleger Esser das Erscheinen einer Wahlanzeige "Gewerkschafter gegen Strauß" in der Mittelbayrischen Zeitung verhindert hatte. - Offensichtlich bestimmt die CSU, was in der MZ erscheinen darf.
- daß sie einstweilige Verfügungen erlassen hat gegen Wahlanzeigen der SPD, in denen unter anderem behauptet wurde, daß die 20 Millionen DM vom Siemenskonzern erhalten hat.

Nur so kann sich die CSU in der Mehrheit halten, indem sie den Protest und die Wahrheit mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht.

Mit dem neuen bayrischen Polizeiaufgabengesetz hat sie sich zu diesem Zweck eine weitere gefährliche Waffe geschaffen.

Kinder gegen Strauß

Während der Wahlkundgebung von Schmidt auf dem Münchner Marienplatz verkaufte ich mit reißendem Absatz die Aufkleber "Stoppt Strauß", die das Anti-Strauß-Komitee gemacht hatte. Ein Bub von ca. 8 Jahren kam auf mich zu: "Was hast du da?" Ich zeigte ihm den roten Stoppt-Aufkleber. "Ich hab auch einen!!" Voll Stolz zeigte er auf seine Jacke. Dort hatte er sich einen der CSU-Anstecker mit dem Gesicht von Strauß angesteckt und darüber einen roten Papierstreifen geklebt, auf den er selber geschrieben hatte "Strauß weg!". "Wollen wir tauschen?" fragte ich. "Na klar" kam die prompte Antwort, nahm meinen Stoppt-Aufkleber, griff in seine Hosentasche, zog einen zweiten selbstgemachten Anti-Strauß-Anstecker raus und gab ihn mir.

Leserbrief

aus Wanne-Eickel

Am Sonntag vor der Bekanntgabe der Kabinettsliste durch F. J. Strauß - am 5.11.78 - sammelte ich in Wanne-Eickel Unterschriften gegen Seidl. Bevor der Film 'Nackt unter Wölfen' zur Erinnerung an die Reichskristallnacht losging, konnte ich bei den Besuchern im Hanauumdrehen 22 Unterschriften sammeln. Mehreren älteren Filmbesuchern war Seidl kein Unbekannter: sie hatten auf einem Forum in der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) erst kürzlich darüber gesprochen. Einer von ihnen erzählte mir, wie er persönlich den Nazi Seidl zu spüren bekam:

Er war nach dem Krieg als Schöffe bei einer Gerichtsverhandlung in Essen gegen einen Essener Gestapo-Mann dabei - dieser Gestapo-Mann wurde von Seidl verteidigt -.

"Als ich während des Prozesses den Seidl wiedererkannt habe, hab' ich dem Richter einen Zettel zugeschoben, daß ich befangen bin. Der Richter mußte daraufhin natürlich den Prozeß unterbrechen und hat mich gefragt warum. Ich hab' ihm dann gesagt, daß ich während des 3. Reiches von der Gestapo einem verschärften Verhör unterzogen wurde. Während des Verhörs ist im Hintergrund der Seidl herumgelaufen und hat immer gelacht.

Der Richter hat dann den Befangenheitsantrag abgelehnt, weil der Seidl mir ja sonst nichts angetan hätte ... Der Prozeß brachte schließlich für den Gestapo-Mann 6 Jahre ein, obwohl die Staatsanwaltschaft nur 2 Jahre beantragt hatte."

Sicher wird sich dieser Kamerad ganz besonders gefreut haben, als er am Dienstag aus den Nachrichten erfahren konnte, daß Strauß "zur allgemeinen Überraschung der Landtagsabgeordneten" auf Seidl verzichten mußte, und so die Demokraten einen neuerlichen Erfolg verbuchen konnten.

Mir hat dieses Gespräch noch einmal ganz praktisch klar gemacht, daß Seidl kein ausschließlich bayer. Problem ist.

VVN klärt über NPD auf

Am 13. Oktober hatte die neonazistische NPD eine Veranstaltung im Rhaetenhaus in der Luisenstraße angekündigt. Die VVN ging gegen diese Wahlaktion öffentlich vor. Mit Flugblättern und Musik wollte sie die Passanten aufmerksam machen, hatte einen Büchertisch, reich bestückt mit Büchern, Broschüren und Informationen aufgebaut.

Auch wir vom Anti-Strauß-Komitee München waren zur Stelle und verteilten unser Flugblatt "Bayern braucht Strauß nicht!" sowie das von acht demokratischen Organisationen unterzeichnete Flugblatt gegen das neue Bayerische Polizeiaufgabengesetz. Auch unsere Broschüre "Weg mit dem Bayerischen Polizeiaufgabengesetz" wurde gern gekauft. In ihr fordern wir auch den Rücktritt des damals noch amtierenden Innenministers Seidl, der in seiner Person eine Parallele zu Herrn Filbinger darstellt. Aber es waren auch viele alte und neue Nazis in der Fußgängerzone, viele, denen alles gleichgültig war. Um diese Zeit - nach Büroschluß und später nach Geschäftsschluß - war die Kaufingerstraße voller Menschen. Viele sagten: "Gegen Strauß - ja, das nehme ich." Viele sagten aber auch: "Ich wähle doch Strauß, der gefällt mir, kein anderer." Auf Diskussionen ließen sich wenige ein. Eine Frau sagte zu mir: "Wenn die CSU nur unter 60% bleibt, das wäre schon gut." Manche Nazis waren unverschämt, einer sagte zu mir, daß ich "beschränkt" sei, wenn ich gegen Strauß sei. Mit solchen Leuten ist jede Diskussion zwecklos, sie sind oft sogar gemeingefährlich. Es sind häufig fanatische Typen, die mir Angst einjagen, wogegen es bei den CSU-Anhängern oft möglich ist zu diskutieren, aber nicht mit den Superrechten.

Insgesamt war es halt wieder so, daß keine wirkliche Aktionseinheit zwischen VVN und Anti-Strauß-Komitee war, sondern nur ein Verteilen nebeneinander. Wir haben die Leute von der VVN gefragt:



"Warum bekämpft ihr die Faschisten nicht offensiv? Warum gehen wir nicht alle zusammen zum Rhaetenhaus, wo sie sich versammeln? Wenn Ihr dazu aufruft, dann gehen viele mit und wir sind vielleicht stark genug, diese Provokation zu verhindern wie damals in Dachau und Fürstenfeldbruck! Man nahm dies nicht zur Kenntnis oder lehnte ab.

Auf der anschließenden Kundgebung am Jagdmuseum sagte dann der VVN-Redner: "Wir müssen einig gegen Rechts kämpfen!" Aber - so frage ich mich - wo ist der Wille der VVN zu dieser Einheit? ■

DER "GMOASTIER" UND DIE "K-GRUPPEN"

Wenn's nicht zum Weinen wäre...

Vor kurzem fand in Regensburg eine Aktion gegen Kriegsspielzeug statt, getragen von einigen (meist Jugend-) Organisationen. Die dafür bei der Stadt beantragten Gelder wurden von CSU-Bürgermeister Hofmaier, im Volksmund auch "Gmoastier" genannt, nicht bewilligt.

Dieser "Gmoastier" (für Nichtbayern: "Gemeindestier"-es muß sich dabei um eine Anspielung mindestens auf seine imposante Statur wie auch Physiognomie handeln) gab dann folgende Begründung: An der Aktion nehme auch eine "K-Gruppe" teil.

Gemeint war die "KSJ", ausgesprochen: Katholische Studierende Jugend. ■

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ein
Jahresabonnement des
**DEMOKRATISCHEN
INFORMATIONSDIENSTES**

DM 8.- habe ich überwiesen /
liegen in Briefmarken bei

Name:.....

Vorname:.....

Straße:.....

Ort:.....

senden an:

Heinz Jacobi,
Martin-Greif-Straße 3, 8 Mü 2

DEMOKRATISCHER INFORMATIONSDIENST

Herausgegeben vom Anti-Strauß-Komitee

30

ABONNEMENTS:

Jahresabonnement DM 8.-
Postscheckkonto Jacobi,
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.

Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.

Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:

Heinz Jacobi, 8000 München 2, Martin-Greif-Straße 3
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag